



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

12. Juni 2012

Liebe Leserin, lieber Leser,

das politische Berlin steuert langsam auf die Sommerpause zu. Zahlreiche Schulklassen sind in diesen Wochen auf Klassenfahrt in Berlin. Ich diskutiere nahezu täglich mit Schülerinnen und Schülern aus dem Wahlkreis über die verschiedensten Fragen des Politikbetriebes – und freue mich immer, wenn mir Grüße von Eltern oder Großeltern überbracht werden.

Letzte Woche war die zweite Gruppe von politisch Interessierten aus dem Wahlkreis in Berlin und hatte spannende Tage in der Hauptstadt. Sie können das auf meiner Webseite nachlesen. Die Fahrt im August ist bereits in der Planung – falls auch Sie einmal ein paar Tage im politischen Berlin verbringen wollen, können Sie sich gerne in meinem Büro für nächstes Jahr anmelden. Dann stehen wieder 150 Plätze zur Verfügung.

Politisch steht die Zeit bis zur Sommerpause ganz unter dem Thema Eurokrise. In den Verhandlungen mit der Bundesregierung haben wir vergangene Woche bei der Finanztransaktionssteuer einen Durchbruch erreicht. Das ist ein großer Erfolg für die SPD. Die Vertreter der Regierung haben zugestanden, dass wir den umfassend angelegten Entwurf der Europäischen Kommission zugrunde legen und dass wir den Weg der verstärkten Zusammenarbeit von mindestens neun Staaten wählen, weil die 27 Mitgliedstaaten der EU keine Einigkeit finden. Aber bei unseren weiteren Forderungen stockt es. In unseren Verhandlungen über ein Paket für Wachstum und zum Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit haben die Regierungsvertreter sogar zugegeben, dass sie gar kein Verhandlungsmandat haben, um über die in der EU ohnehin laufenden Prozesse hinaus neue Initiativen zu verabreden. Schließlich gibt es auch in den Gesprächen der Länder mit dem Bundesfinanzminister keine Einigung darüber, wie den Ländern zugesichert werden kann, dass ihnen keine zusätzlichen Lasten aus der innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalpaktes entstehen. Vor diesem Hintergrund ist in dieser Woche kein Verhandlungsergebnis zu erwarten.

Morgen werden Sigmar Gabriel, Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier den französischen Präsidenten Hollande in Paris treffen, um gemeinsam Druck für die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer in Europa zu machen. Nur mit vereinten Kräften können wir einen Kurswechsel in Europa erreichen.

Herzliche Grüße aus Berlin sendet

Euse / Mrs Brigitte Zypries

+++ Veranstaltungstipp +++

Warum müssen wir Europa retten?

Wie geht es weiter mit Europa? Hat der Euro eine Zukunft? Was würde es für uns bedeuten wenn Griechenland zur Drachme zurückkehren müsste? Wie wichtig sind die Europäische Union und der Euro für jeden Einzelnen von uns? Diese Fragen bewegen nicht nur die verantwortlichen Politiker sondern auch die Bürger, die sich Sorgen machen um die Stabilität des Euro und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Europäischen Union und letztlich in Deutschland.

Udo Bullmann, Vorsitzender der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, diskutiert diese und weitere Fragen mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern am **Donnerstag, den 14. Juni, um 19.30 Uhr** im evangelischen Gemeindehaus **Weiterstadt**, Kirchstraße 1a.



+++ Veranstaltungstipps +++

Wie wollen wir im Alter wohnen?

Gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Michael Siebel lade ich Sie ein, über Wohnformen für Ältere zu diskutieren. Im Rahmen der Veranstaltung sollen verschiedene Wohnformen aufgezeigt und Betreuungsangebote vorgestellt werden. Mit: Kornelia Müller (WohnSinn), Jürgen Frohnert (Fachkonferenz Altenhilfeplanung) und Dieter Emig (Bauverein AG).

Montag, 18. Juni, 17 Uhr, Karolinen-saal des Hessischen Staatsarchivs Darmstadt.

+++

Wer pflegt mich – und wer bezahlt's?

Die ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und ich möchten gemeinsam mit Ihnen über die Zukunft der Pflege in unserem Land diskutieren: Was müssen wir ändern, wenn es immer mehr ältere Menschen geben wird, um auch in Zukunft würdige Pflege zu garantieren?

Dienstag, 19. Juni, 18 Uhr, AWO-Seniorenwohnanlage Roßdorf, Holz-gasse 1.

Betreuungsgeld verhindern – statt dessen Kitas ausbauen

In dieser und der nächsten Sitzungswoche will die Koalition das Betreuungsgeld im Schnelldurchgang verabschieden lassen. Die vielen Widerstände in der Gesellschaft – Arbeitgeber und Gewerkschaften – stören sie ebenso wenig wie die zahlreichen protestierenden Abgeordneten in der CDU und der FDP.

Ab 2013 sollen Eltern ein Betreuungsgeld erhalten, wenn sie für ihre ein- bis dreijährigen Kinder keine Kindertageseinrichtung in Anspruch nehmen. Wir meinen: **Diese Leistung ist bildungs-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch. Zudem verursacht sie hohe Kosten.**

In unserem Antrag, der diese Woche beraten wird, fordern wir die Bundesregierung auf, das Betreuungsgeld nicht einzuführen. Die dafür vorgesehenen Mittel sollen in den Ausbau von frühkindlicher Bildung und Betreuung für Kinder unter drei Jahren fließen. Der Rechtsanspruch für Kinder auf Förderung ab dem 1. August 2013 ist umzusetzen. Bund, Länder und Kommunen müssen auf einem Krippengipfel konkrete Maßnahmen dazu verabreden.

Entgeltgleichheit für Frauen und Männer schaffen

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern beim Arbeitsentgelt ist ein Grundrecht. Doch **der Durchschnittsverdienst von Männern ist um 23% höher als der von Frauen. Unser Gesetzentwurf, der am Donnerstag im Parlament beraten wird, schafft einen rechtlichen Rahmen für die Prüfung und Beseitigung von Entgeltdiskriminierung.**

Wir wollen die Antidiskriminierungsstelle des Bundes in die Pflicht nehmen. Sie soll Prüfungsverfahren und Sachverständige zertifizieren und kursorisch Tarifverträge prüfen. Diskriminierende Regelungen müssen von den Tarifparteien beseitigt werden. Die Arbeitgeber müssen regelmäßig ihre Entlohnungspraxis überprüfen. Die betriebliche Interessensvertretung muss daran beteiligt werden. Die Ergebnisse der Prüfung sind im Betrieb zu veröffentlichen und an die Antidiskriminierungsstelle zu übermitteln. Bei Entgeltgleichheit wird in Betrieben mit Betriebsrat eine Einigungsstelle gebildet. In Betrieben ohne Betriebsrat müssen mithilfe eines Sachverständigen innerhalb eines Jahres Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Auf diese Weise möchten wir durchsetzen, dass endlich gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt wird!



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürger-nah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zyprides@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Fotos:
privat (S. 2)
Hannes Nonhebel (S. 3)*

Bundesanstalt für Immobilienaufgaben neu ausrichten

„Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“ – das klingt technokratisch und nicht so, als hätte das Handeln dieser Einrichtung Auswirkungen auf die Bürger. Aber das Gegenteil ist der Fall – wie wir gerade in **Darmstadt** leidvoll merken.

Dort nämlich hängt die Frage, wie es mit der **Nachnutzung der Kasernengebäude** weitergeht, seit Jahren an der BImA. Sie ist Eigentümerin der Liegenschaften und will sie zu Höchstpreisen verkaufen. Sinnvoll wäre es aber, nicht auf Höchstpreise zu setzen, sondern die Liegenschaften zu moderaten Preisen an die Stadt abzugeben, um eine vernünftige Stadtentwicklung zu ermöglichen.

In unserem Antrag, der am Donnerstag beraten wird, fordern wir die Bundesregierung auf, die Aufgaben der BImA zu ergänzen. Ihr Handeln muss städtebauliche und regionalpolitische Belange von Bund, Ländern und Kommunen stärker berücksichtigen.

Es geht nicht darum, möglichst viel Geld für den Bund zu erwirtschaften, sondern die Kommunen sinnvoll weiterzuentwickeln. Dazu gehören auch Spielplätze, Bürgertreffpunkte und andere Freiflächen, die keine Höchstpreise erzielen können.

Kinderarbeit verhindern – wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen Ausbeutung

Heute ist der internationale Tag gegen Kinderarbeit. Kinderarbeit ist ein weltweit verbreitetes Problem. Nach wie vor gelangen Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit auf den deutschen Markt. In unserem Antrag, der Donnerstag Abend im Parlament beraten wird, fordern wir die Bundesregierung auf, Kinderarbeit im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu bekämpfen.

Ein **Importverbot für Waren, die durch Kinderarbeit hergestellt wurden**, ist zu prüfen. Bei der Vergabe von Aufträgen und der Anschaffung von Produkten durch die öffentliche Hand muss das Verbot von Kinderarbeit beachtet werden. Unternehmen sollen Kinderarbeit bei allen Produktionsschritten ausschließen. Ein einheitliches Zertifizierungssystem muss geprüft werden. Außerdem brauchen wir eine bundesweite Aufklärungskampagne über Kinderarbeit. Und schließlich muss das **Verbot von Kinderarbeit in jedes EU-Handelsabkommen** aufgenommen werden.

Kinder gehören in die Schule – nicht in Fabriken!